



Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen
in der Bundesarbeitskammer

Antrag Nr. 6

der Fraktion sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen
an die 175. Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer
am 30. November 2023

Vom Jammern ins Tun Kommen: Regierung soll Rahmen für Fachkräfteoffensive der Unternehmen gestalten!

Das Lamento ist allerorts zu hören: „Wir finden keine geeigneten Fachkräfte für unseren Betrieb.“ „Weil uns die qualifizierten Leute fehlen, müssen wir sogar Aufträge ablehnen.“

Tatsächlich fehlen an vielen Stellen Facharbeitskräfte. Die Lücke reicht von Kindergartenpädagog:innen über die Fachkräfte für die Umsetzung der Energiewende wie Installateur:innen hin zu IT-Spezialist:innen und vielen anderen mehr: Und die Situation wird Jahr für Jahr angespannter, weil die Baby-Boomer-Generation zahlreich in Pension geht.

Nur: Viele Betriebe suchen Arbeitskräfte. Manche suchen tatsächlich Arbeitnehmer:innen mit bestimmten Qualifikationen, andere aber wollen für ihre Arbeitskräfte nur wenig zahlen oder wenig bieten und finden deshalb schwer neue Mitarbeiter:innen. Branchen wie die Gastronomie setzen mit seltenen Ausnahmen keine Initiativen, um mit höheren Löhnen oder menschengerechteren Arbeitszeiten attraktiver zu werden. Die berechtigte Sorge um Fachkräfte wird nicht selten verkehrt in einen Wettbewerb um die billigsten und willfährigsten Arbeitnehmer:innen.

Viele Unternehmen haben sich im letzten Jahrzehnt aus der betrieblichen Weiterbildung zurückgezogen (IHS 2021) und die Lehrlingsausbildung hält bei weitem nicht mit dem Bedarf mit.

Die Arbeitswelt altert signifikant und schon bald ist die Altersgruppe der 55+ jährigen die größte Arbeitnehmer:innengruppe. Die Anhebung des Frauenpensionsalters, die steigende Zahl Älterer am Arbeitsmarkt führen zum Anstieg jener Arbeitnehmer:innen, die oft Aktualisierung ihrer Kompetenzen und gesundheitsfördernde Arbeitsbedingungen brauchen.

Wo bleiben die Initiativen, die Rahmenbedingungen, die es älteren Arbeitnehmer:innen ermöglichen länger gesund weiterzumachen?

Insbesondere Frauen benötigen Entlastung bei der Kinderbetreuung und bei der informellen Pflegearbeit, um am Arbeitsmarkt teilhaben zu können. Es braucht einen Ausbau der Kinderbetreuungsplätze in Qualität und Quantität in allen Regionen; mit einem Rechtsanspruch auf einen Platz ab dem ersten Geburtstag. Ebenso braucht es einen Ausbau der Pflegeeinrichtungen, um steigende Bedarfe qualitativ zu decken.

Seit der ersten PISA-Testung 2000 ist bekannt: Mehr als ein Fünftel jedes Abschlussjahrgangs verlässt seit Jahren die Pflichtschule ohne ausreichende Grundkompetenzen. Es fehlen Teile der Voraussetzungen für eine erfolgreiche Ausbildungslaufbahn.

Wie lange sollen wir noch auf eine Schule warten, die alle Jugendlichen mit Grundkompetenzen ins Arbeitsleben entlässt?



Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen
in der Bundesarbeitskammer

Das AMS ist der größte Weiterbildungsfinancier Österreichs und ermöglicht jenen Qualifizierungschancen, die sonst am Arbeitsmarkt nicht vermittelt werden können. Nur wann kommt Qualifizierung vor Vermittlung für arbeitsuchende Menschen, die sich rasch ändernden und steigenden Qualifikationsanforderungen genügen sollen?

Zugang zu Aus- und Weiterbildung zur Erlangung der Qualifikationen und Kompetenzen für die twin-transition „Digitalisierung und Dekarbonisierung“ wird für Arbeitnehmer:innen, die Betriebe und die Wirtschaftsentwicklung zentral. Damit hier der notwendige Sprung vorwärts gelingt, braucht es mehr als Anreize und bloße Unternehmensförderung. Wenn die Unternehmen der Aus- und Weiterbildung ihrer Mitarbeiter:innen nicht mehr nachkommen, müssen staatliche Ausbildungseinrichtungen aushelfen und/oder gesetzliche Vorschriften Einzug halten.

Schließlich wird eine aktive und integrative Migrationspolitik notwendig sein, um die Arbeitskräftelücke die selbst bei Ausschöpfung des ansässigen Erwerbspotentials bleibt, zu schließen. (Qualifizierte) Arbeitnehmer:innen aus dem Ausland aber können sich zurecht eine aktive Willkommenskultur und einen entbürokratisierten Arbeitsmarktzugang erwarten.

Die Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer fordert daher die Bundesregierung auf, folgende Forderungen/Punkte umzusetzen:

- **(Er-) Halten!** Alternsgerechte Arbeitswelt schaffen: Arbeitnehmer:innen gesund in der Arbeitswelt halten! Attraktivierung der Arbeitsbedingungen unter anderem in den systemerhaltenden Branchen!
- **Öffnen!** Erwerbszugang für benachteiligte Gruppen ermöglichen: Benachteiligte ermutigen, fördern und ausbilden!
- **Weiterdenken!** Investition in Zukunftsberufe und Zukunftsausbildungen „Twin Transition“ ((Digitalisierung, Künstlicher Intelligenz und Dekarbonisierung) sind gleichermaßen notwendig!)
- **Willkommen!** Zuwanderung aktiv und integrativ steuern

Konkret:

(Er-) Halten:

- Investition in Gesundheitsvorsorge, altersadäquate Arbeitszeitmodelle; generationenübergreifenden Wissens- und Erfahrungstransfer und Bekämpfung von Diskriminierung
- Förderung und Unterstützung attraktiver Arbeitsbedingungen unter anderem für systemerhaltende Branchen

Öffnen:

- Hebung der Erwerbsquote der Frauen durch qualitätsvolle, flächendeckende Kinderbetreuung und Pflege-Infrastruktur, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglicht
- Entmutigte, noch arbeitsmarktferne Menschen mit geeigneter Ausbildungsförderung und Mobilitätsunterstützung in den Arbeitsmarkt integrieren

Weiterdenken:

- Aus- und Weiterbildung in Zukunftsbereichen durch (1) Stärkung der Arbeitsmarktinitiativen voranbringen; (2) Betriebe, die nicht selbst aus- oder fortbilden (können), geben Zeit oder Geldressourcen für ihre Mitarbeiter:innen ab - Weiterbildungsfonds



Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen
in der Bundesarbeitskammer

- Dort wo Unternehmen in der Aus- und Weiterbildung auslassen: Gemeinwirtschaftlich organisierte Ausbildung ersetzt betriebliche Aktivität in Zukunftsberufen
- Auch die Überbetriebliche Ausbildung (ÜBA) muss dafür mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestattet werden, damit alle Jugendlichen, die keine betriebliche Lehrstelle bekommen, eine Ausbildung machen können.

Willkommen

- Rasche und für die Betroffenen leistbare Anerkennung bzw. Nostrifikation ausländischer Qualifikationen
- Erleichterter Zugang zu kostenfreien Deutschkursen
- Rasche und gezielte Förderung von nach Österreich zugewanderten Personen, um rasch die am Arbeitsmarkt erforderlichen Basisqualifikationen zu erlangen

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrheitlich